

Pressemitteilung

Petition erreicht Quorum

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung möchte nun Runden Tisch mit Stadt und Klinikumsleitung

Die Petition "Passau for Choice - Schwangerschaftsabbrüche am städtischen Klinikum ermöglichen" des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung Passau hat das Quorum von 790 Unterschriften aus Passau in einer Woche erreicht. Nach beinahe zwei Wochen sind es insgesamt nun schon mehr als 2100 Unterschriften aus ganz Deutschland. Das Tempo, mit dem die Unterschriften zusammengekommen sind, überrascht selbst die Initiator*innen. Sie möchten nun, dass der Oberbürgermeister einen Runden Tisch mit der Stadt, der Leitung des Klinikums sowie dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung einberuft, um Schwangerschaftsabbrüche am Klinikum zu ermöglichen.

Bevor sie die Petition starteten, versuchten die Initiator*innen, den Dialog mit dem Oberbürgermeister Jürgen Dupper und den Passauer Stadträt*innen zu suchen. "Leider war das Ersuchen nach einem Termin mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper schon seit langem vergeblich", bedauert Henriette Gremm, Pressesprecherin für die Petition, "Wir versuchen seit letztem Herbst, einen Gesprächstermin mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper zu vereinbaren, dabei wurde uns jedes Mal abgesagt oder kein Termin in Aussicht gestellt."

Nachdem die Petition in kurzer Zeit das Quorum erreicht hat, sind sich die Initiator*innen jedoch sicher, dass sich die Stadt einem Dialog nicht weiter versperren kann.

"Wir haben Oberbürgermeister Jürgen Dupper gebeten, einen Runden Tisch mit der Stadt, der Leitung des Klinikums sowie dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung einzuberufen, um eine Lösung zu finden, wie Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung am Klinikum ermöglicht werden können," erklärt Susanna Lindlein, Pressesprecherin für die Petition.

Auch die Plattform Open Petition wird sich nun an den Oberbürgermeister wenden und ihn um eine Stellungnahme bitten.

Dabei scheint es auf den ersten Blick überraschend, dass gerade in der Stadt Passau eine solch restriktive Abtreibungspolitik gemacht wird, obwohl die SPD den Oberbürgermeister und die größte Fraktion im Stadtrat stellt. Denn auf Bundesebene setzt sich die SPD für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts und eine vollumfängliche medizinische Versorgung ein. So heißt es im SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl:

“Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung – das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als

Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an [...] Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.“

Unterschreiben kann man die Petition unter dem Titel "Passau for choice" auf <https://www.openpetition.de/petition/online/passauforchoice-schwangerschaftsabbrueche-am-staedtischen-klinikum-ermoeglichen>